

Am liebsten Caritas

Die verlustreiche West-Berliner Vorratswirtschaft — Blockade-Vorsorge auf Geheiß der Alliierten — soll neu geordnet werden. Ein Geheimvorschlag des Senats sieht die Halbierung der Krisenbestände vor.

Im Schuhhaus Salamander am Kurfürstendamm legte sich Karl-Heinrich Koreuber, Dezernent für Vorratswirtschaft beim Berliner Senat, privaten Vorrat zu — zwei Paar Herrenschuhe zu je 25 Mark, in der Mode von vorgestern, doch „rundherum aus echtem Leder“.

Auch in den Filialen der Berliner Schuhhäuser Leiser, Stiller und Piko zwängten sich preisbewußte Käufer in altmodisch-derbes Schuhzeug, das mit-

unter schon für acht oder neun Mark zu haben war. Denn zum Verkauf standen 100 000 Ladenhüter: Schuhe aus der sogenannten Senatsreserve, vor 13 Jahren als Blockadevorrat eingelagert, nun für sechs Mark das Paar dem Handel zum Verhökern überlassen.

Der Altwarenhandel machte deutlich, wo die Verwalter der Berliner Krisenlager der Schuh drückt. Seit die Experten für Vorratswirtschaft des Berliner Senats wissen, daß jeder Bürger über mindestens „vier Paar Schuhe, zwei Anzüge und zwei Mäntel“ verfügt, wie ein Senatsgutachten 1971 ergab, wollen sie ihre auch politisch nicht mehr modische Kleider- und Schuhdeponie auflösen.

Bei allenthalben beschworenem Entspannungswillen kommen im Schöneberger Rathaus zunehmend Zweifel auf, ob es denn überhaupt noch sinnvoll sei, Versorgungsgüter für einen kom-

pletten Jahresbedarf auf Vorrat zu halten, wie es eine Alliierten-Verordnung aus dem Jahre 1950 der West-Verwaltung bindend vorschreibt.

Seitdem läßt der Senat nicht nur Textilien und Schuhe, sondern auch Nahrungs- und Genußmittel, Hausbrand und Treibstoffe, Medikamente und Rohstoffe ins Depot nehmen. Gehortet werden Zeitungspapier wie Spreustroh, Zucker (40 000 Tonnen) wie Zement (100 000 Tonnen), Seife wie Glühbirnen, Trafo-Stationen, Matrosenmützen, Klosettdeckel und auch, so spottet Berlins FDP-Vorsitzender Wolfgang Lüder, „Büstenhalter mit der Büstengröße der deutschen Frau von 1948“.

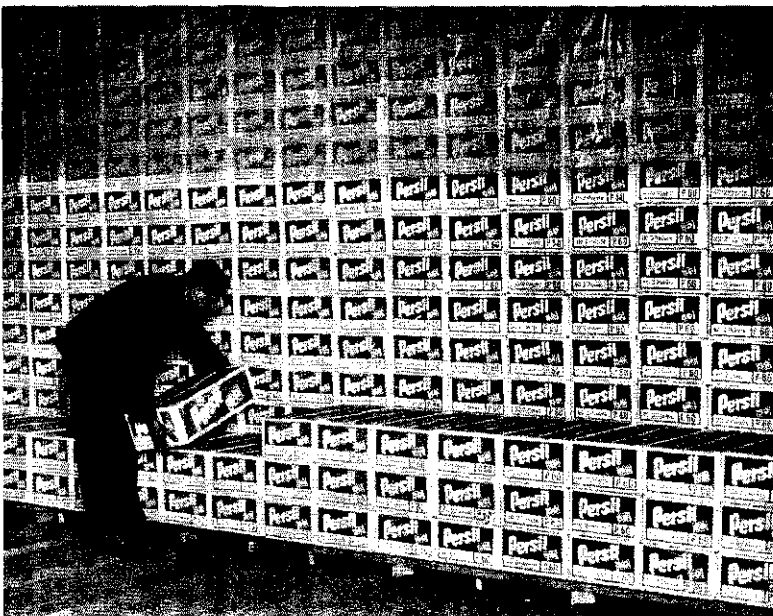
Was auf Geheiß der Alliierten in Firmen- oder Senatsdeponien auf Dauer gelagert oder — bei verderblichen Waren — turnusgemäß erneuert („gewälzt“) wird, schlägt Jahr für Jahr ziemlich konstant mit einem Gesamtwert von 1,7 Milliarden Mark zu Buche. Zum Vergleich: Der Gesamtjahresumsatz der 81 Karstadt-Kaufhäuser in der Bundesrepublik und in West-Berlin war 1972 gerade dreimal so groß.

Was Kosten macht, zeigte sich besonders eindringlich am Beispiel der Kohlebevorratung: Von 1950 bis 1970 kaufte der Senat für insgesamt 66 Millionen Mark Vorratskohle, aber für „Regie“- und Lagerkosten stellten örtliche Händler zusätzlich noch einmal 76,2 Millionen Mark in Rechnung. Mehr noch: Die Hälfte der gelieferten Braunkohlebriketts ging auf dem Wege der amtlich so genannten „Verpulverung“ und „Vergrusung“ verloren.

„Die gesamte Bevorratung“, sagt Dezernent Koreuber, „ist ein Negativ-Geschäft“, und das Geschäft geht auch nicht viel besser, wenn die Lageristen ihre Vorräte bei einer „Wälzung“ loszuschlagen suchen: So eignen sich Trocken-Kartoffeln, für etwa 2000 Mark je Tonne erstanden, nach mehrjähriger Lagerung in der Regel nur noch als Viehfutter. So mußten 1971 zwei Millionen Hohlblocksteine mangels Abnehmern zu Schleuderpreisen angeboten werden; die Norm-Maße hatten sich verändert. So finden 60 000 Tonnen Kalkhydrat, zur Mörtelherstellung in 100-Kilo-Säcke abgefüllt, bis heute — zumindest im Westen — keine Interessenten.

Erheblich zubuttern müssen die West-Berliner Reservehüter auch beim Verkauf ihrer Textilbestände. Zwar hatte die Freigabe eines Großteils der Stoff- und Kleiderlager die am Neugeschäft interessierte Branchenlobby zu Protesten angeregt. Statt den Markt zu stören, so hatte man den Senat wissen lassen, sollte „das Zeug doch lieber an die Caritas verschenkt werden“.

Doch lukrativ fanden den Handel schließlich nur orientalische Kleiderver-



West-Berliner Vorratslager: Für 40 000 Tonnen Zucker ...



... ein Zeitwert von einer Mark: Schuhverkauf aus der Senatsreserve

wertes und eine Gruppe englischer Surplus-Aufkäufer, die inzwischen bankrott ist. Und erst nach langem Feilschen wurde im Juli ein westdeutscher Interessent mit dem Senat einig. Er schloß ab, nachdem ihm der für den Export geplante Großposten im Neuwert von 48,6 Millionen Mark (darunter Bettmatratzen-Rohstoffe für eine halbe Kleinstadt) zu knapp einem Viertel geboten wurde. Kaufpreis: 11,5 Millionen Mark.

Lediglich beim Schuhwerk wirkte mittlerweile der erfolgreiche Verlauf der Billig-Schuh-Aktion in Berliner Läden preisstabilisierend. Noch in diesem Jahr sollen Senatschuhe, die einst insgesamt 3,1 Millionen Mark gekostet hatten, für immerhin 1,1 Millionen abgesetzt werden.

Nach der Rechnung des Senats freilich sind auch Geschäfte dieser Art noch immer ein Geschäft. Denn „nach den Grundsätzen ordentlicher kaufmännischer Buchführung“, verkündete Berlins Wirtschaftssenator Karl König, könnte „unter Beachtung des Niederstwertprinzips... jede Warengruppe nur noch mit einem Zeitwert von einer Mark als Erinnerungswert angesetzt werden“.

Die naheliegende Idee, eine Senatsfirma zu gründen, die Verteilung oder Billig-Vertrieb ausrangierter Ware direkt an Bedürftige hätte besorgen können, kam den Berlinern dabei nie in den Sinn. Eine solche — zwangsläufig — personalstarke „Staatshandelsgesellschaft“ hätte laut Koreuber auch politisch „kaum zur Kleiderordnung gepaßt“.

Daß es gleichwohl „bei jeder Lagerauflösung Ärger“ gibt, weiß König ohnedies. Er möchte auf der einen Seite die aufwendige Vorratshaltung mindern, auf der anderen Seite für den Eventualfall einer neuerlichen Abschnürung West-Berlins, sei sie derzeit auch noch so unwahrscheinlich, gerüstet sein.

Der Senat hat denn auch vor einiger Zeit in einer vertraulichen Botschaft an Bonn eine neue, halbe Lösung vorgeschlagen. Danach soll versucht werden, in Verhandlungen mit den West-Alliierten die festgelegten Bevorratungskapazitäten zu reduzieren — für Nahrungsmittel und für Energie auf die Hälfte, für andere weniger wichtige Güter, zum Beispiel Baustoffe, noch stärker.

Bislang freilich, sagt Senatsdirektor Günter Brunner, sei über die allgemeine Reduzierung „noch nicht zu Ende gesprochen“ worden. Die Folge: Wenn Dezernent Koreuber derzeit im Vorgriff auf erwartete Sparbeschlüsse etwa die Kohlenbestände mindert, tut er es, so ein Mitarbeiter, zwar „mit stillschweigender Duldung der Alliierten aber quasi als Geschäftsführer ohne Auftrag“.

AFFÄREN

Nimmi kumme

Unter gutgläubigen Nachbarn sammelte eine SPD-Stadträtin bei den rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen illegal Stimmzettel ein. Ihre Partei errang die absolute Mehrheit, die Genossin stand nun vor Gericht.

Stadtratsmitglied Rosel Nikolaus, 39, bat um Verständnis: „Ich hab' für dich gewählt, du wirst ja nichts dagegen haben. Wir sind ja für die Jugend.“ Zimmermann Helmut Schäfer, 22, hatte wirklich nichts dagegen: „Das war mir egal.“

Und weil es in ihrem Pirmasenser Wahlbezirk Sommerwald beim Nachbarnsohn Helmut so gut geklappt hatte, versuchte es die Sozialdemokratin auch zwei Häuser weiter, Am Häusel



SPD-Stadträtin Rosel Nikolaus
Alles nur für Willy

220. Frau Nikolaus: „Ich wollte immer nur helfen, wo ich konnte.“

Doch bei dem Versuch, die Hausfrau Lieselotte Dumser zu überreden, auch gleich noch ein Kreuz auf dem Wahlschein von Ehemann Ottmar hinter die Buchstaben SPD zu machen, stieß die „engagierte Demokratin“ (Oberbürgermeister Karl Rheinwald) auf Widerstand. Als die Bürgerin sich standhaft weigerte („Des mach ich net“), griff die Wahlkämpferin schließlich selbst zum Kugelschreiber, denn: „Ich kenn de Ottmar ja gut.“

Ottmar Dumser aber wollte „wählen, was ich will, und nicht, was die Frau Nikolaus wählen will, und weil es auch keinen Menschen einen Dreck angeht, was ich wähle“, rief er bei der Konkurrenz an. Die CDU erstattete Anzeige wegen Wahlfälschung, und letzte Woche stand die einsatzfreudige Genossin vor dem Pirmasenser Schöffengericht.

Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hatte die Stepperin, die sonst für eine Pirmasenser Fußbekleidungsfabrik „Paradies-Schuhe“ zusammennäht, auch anderen Leuten, „die nit wisse, wie des mit de Politik geht“ (Nikolaus), beim Wählen unzulässige Hilfestellung gewährt.

Im Kampf für die SPD bei den rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen hatte sie im April 1972 für „so 150 Leut“ (Nikolaus) die Briefwahlunterlagen besorgt — „natürlich in der Hoffnung“, so weiß OB Rheinwald, „daß die Leute dann für sie stimmen“. Mehr noch: Weil die Stadträtin nicht nur Hoffnung, sondern Gewißheit haben wollte, daß die Kreuze auch hinter der richtigen Partei gemacht werden, besuchte sie beispielsweise die herzkrankte Witwe Elisabeth Lang, 63, und überredete die alte Dame, ihr die eigene Wahlkarte nebst der ihres Sohnes Gerhard zu überlassen. Frau Lang: „Ich hab des Kreuz nit gemacht, sondern die Frau Nikolaus. Sie hat die Wahlkaadé geholt und is nimmi kumme.“

Auch die Stimmen von Hans Günter und Elisabeth Löffler, die ihre Wahlkarten schon zerrissen hatten, landeten noch in der Urne. Und Elektro-Installateur Löffler wunderte sich damals, daß Rosel Nikolaus sich seinetwegen soviel Mühe machte: „Ich hab garnet gewußt, daß ich so interessant bin, daß jemand für mich wähle will.“

Als schließlich die CDU vom außergewöhnlichen Stimm-Volumen der SPD-Stadträtin erfuhr und mit dem Kreisvorsitzenden Emil Keller zum Gegenangriff ansetzte, suchte Rosel Nikolaus wiederum Hilfe im Bekanntenkreis. Sie legte einen Brief, mit dem die Vorwürfe der CDU entkräftet werden sollten, ihrer Nachbarin Sigrid Jeckel zur Unterschrift vor. Das Papier sollte als Leserbrief im Lokalblatt „Pirmasenser Zeitung“ abgedruckt werden. Doch statt den Brief zu unterschreiben, informierte die verwirrte Frau die Zeitung.

So hielt es für Nikolaus-Anwalt Helmut Grötsch im Saal 4 des Pirmasenser Amtsgerichtes schwer, entlastende Motive für das Hausieren am Häusel aufzubieten: „Das hat sie nur für die SPD, nur für ihren Willy Brandt getan.“ Immerhin: Der SPD-Stimmanteil stieg von 11 468 auf 16 415 und brachte die absolute Mehrheit im Stadtrat ein.

Daß die Wahlkämpferin zwecks Erlangung der Briefwahlunterlagen hie und da eine eidesstattliche Versicherung gefälscht oder gar ein Kreuz gemacht hat, hielt Verteidiger Grötsch für „ein Sammelsurium von Vermutungen“. Doch auch der eindringliche Appell des Anwalts: „Fällen Sie ein Urteil im Namen des Volkes und nicht im Namen der CDU“, vermochte der Stadträtin kaum zu helfen.

Das Gericht folgte den Fakten von Staatsanwalt Waldemar Ries, der in seinem Plädoyer schon „die Axt an der